

Erstet täglich früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Friedrichstraße 23.  
Sperrstunden der Redaction:  
Donnerstag 10—12 Uhr.  
Freitag 4—6 Uhr.  
Für die Rückgabe von Manuscripten macht die Redaction nicht verantwortlich.  
Annahme der für die nächsten Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Filialen für Inserate:  
Otto Klemm, Unterstadtstr. 22.  
Louis Köhler, Rathhausstr. 18.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 16.000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl. und Fringsen 1 Rthl.  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belagerungspreis 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf.  
mit Postbefreiung 40 Pf.  
Inserate 50 Pf. Zeitzeile 30 Pf.  
Größere Schriften laut ansetzen  
Preisverzeichnis — Tabellarischer  
Sach nach höherem Tarif.  
Recлама unter dem Rubricationspreis  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachnahme.

No 177.

Donnerstag den 26. Juni 1879.

73. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Das 18. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 15. Juli d. J. auf dem Rathhaussaal öffentlich ausliegen.

Dasselbe enthält:  
Nr. 1806. Gesetz, betreffend den Uebergang von Geschäften auf das Reichsgericht. Vom 16. Juni 1879.  
• 1806. Verordnung, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen der Einfuhr aus Russland. Vom 17. Juni 1879.  
Leipzig, am 23. Juni 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig. Stdtg.  
Dr. Georgl. Bangemann.

## Vermietung.

Die bisher an Herrn Fr. B. Schilde als Geschäftlocal vermietete, aus 6 Zimmern, 5 Kammern, 7 sonstigen Räumen und Zubehör bestehende 1. Etage nebst 2 Niederlagen im Hofe der der Stadtgemeinde Leipzig gebörenden Häuser, Reichsstr. Nr. 50 und Salzstraße Nr. 2 (Eingang von der Reichsstr. aus), soll vom 1. October d. J. an gegen halbjährliche Kündigung an den Preisbestimmenden anderweit vermietet werden und brauen wir hierzu einen Versteigerungstermin an Rathshaus am Montag, den 7. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr,  
an, in welchem die Miethlustigen sich einfinden und ihre Gebote auf die auszubietenden Miethlocalitäten thun wollen.  
Die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermietenden Localitäten liegen auf dem Rathhaussaal, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.  
Leipzig, den 24. Juni 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig. Stdtg.  
Dr. Georgl. Bangemann.

## Bekanntmachung.

Der Ausschuss der Genossenschaft für Vertretung der Parthe zwischen Leipzig und Schmiedefeld hat Herrn Franz Rudolph Schick, Inhaber des Bankhauses: Schirmer und Schick hier, zum Cassirer gewählt und die von den Mitgliedern der Genossenschaft mit 7 A für die Einheit zu gewährenden Beiträge in drei Terminen, 30. Juni, 30. Juli und 30. September dieses Jahres, einzuschieben beschlossen.  
Die Mitglieder der Genossenschaft werden demzufolge ersucht, die erste Theilzahlung mit 2 A für jede Einheit bis zum 30. Juni, die zweite mit ebenfalls bis zum 31. Juli und die dritte mit 3 A bis zum 30. September a. c. an die Herren Schirmer und Schick, Brühl 69 parterre, gegen deren Quittung zu leisten.  
Das Verzeichniß der beteiligten Grundbesitzer und der Beitragsbeiträge liegt bei dem genannten Bankhause und auf der Kaminatur des Rathhaus (1. Etage) zur Einsicht aus.  
Leipzig, am 14. Juni 1879.  
Der Genossenschafts-Vorstand.  
Stadtmath Dr. Vogel.

## Anzeige.

Die öffentlichen Prüfungen der Dokumentschleppern werden Donnerstag den 28. und Sonnabend den 29. d. M. jedesmal von 8 bis 5 Uhr im Hörsaal des Kriegerischen Instituts abgehalten werden.  
Leipzig, den 26. Juni 1879.  
Professor Dr. Credé.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 25. Juni.

Die Verwirrung und Ermüdung ist so weit vorgeschritten, daß von eigenlicher Arbeit weder bei der Mehrheit noch bei der Minderheit des Reichstages etwas zu merken ist. Die alten Verbindungen und Gruppierungen sind entweder aufgelöst oder in der Auflösung begriffen — die neuen vermögen es zu einer Festigung nicht zu bringen; genau weiß Niemand anzugeben, wie das Verhältniß der Regierung zu den Parteien sich bis zum Schluß der Session gestalten wird. Jene Verständigung zwischen dem Kanzler und der Centrumpartei, welche vor vier Wochen für eine vollendete angesehen wurde, wird die ihr gestellten Proben schwerlich bestehen, so lange nicht in Sachen der Kirchenpolitik eine wirkliche, in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommende Klärung eintritt; von einer solchen aber wird für die Dauer der gegenwärtigen Session nicht die Rede sein. Bevor Centrum und Regierung ihre Beziehungen definitiv geordnet haben, kommen auch die übrigen Parteien nicht zur Ruhe, und inmitten dieser allgemeinen Unruhe und Verwirrung sollen Entscheidungen von unabsehbarer Tragweite, Festsetzungen getroffen werden, bei denen das Einzelne ebenso wichtig ist wie das leitende Princip! Wir haben des Außerordentlichen und noch nicht Dogmatischen im Laufe der letzten Jahre zu viel erlebt, als daß wir noch das Recht besitzen, von Unmöglichkeit zu reden; wäre Dem anders, so wäre ein Ausschub der mit so stürmischer Eile verlangten und erwarteten Entscheidungen trotz seiner Bedenkllichkeit immer noch wahrscheinlicher als eine in erster Stunde fertig gebrachte Verantwortung von Fragen, die (um bei dem gebrauchten Bilde zu bleiben) sonst einen ganzen Tag in Anspruch zu nehmen pflegen. Ueber der jetzigen Session müßte ein besonders glücklicher Stern walten, wenn die Verlängerung derselben zu Ergebnissen führen sollte, die auch nur formell befriedigend genannt werden könnten. Schon gegenwärtig geht durch unser gesamtes öffentliches Leben ein Zug der Ermüdung und Erschlaffung, die eigentliche Hauptparthe aber soll noch gethan werden! Nie mehr als jetzt ist es notwendig gewesen, daß mit dem Aufgebot aller Kräfte und mit voller Hingabe an die zu leistenden Aufgaben gearbeitet und daß von allen Rücksichten auf Parteilichkeit und Bequemlichkeit der Session abgesehen werde.

Der Reichstag setzte am Dienstag die Tarifberatung bei der Position „Del“ fort. Die schatzherrschaftliche Majorität zeigte sich bewilligungslustiger als je. Verschiedene von den Abgeordneten

Delbrück und Sonnemann gestellte Ermäßigungsamendements wurden abgelehnt. Eine längere Debatte entspann sich über die Biffer „Schmalz von Schweinen und Gänzen.“ Von den Abgeordneten Richter (Hagen) und Desler wurde nachgewiesen, wie es sich hier um die Vertretung des amtschweizerischen Schmalzes, d. h. eines Nahrungsmittels des armen Mannes handle, und wie andererseits der Landwirtschaft bezw. der Viehzucht ein Nutzen aus einem solchen Zoll nicht erwachsen werde. Natürlich vergebens. Der Schmalzzoll von 10 Mark für 100 Kilogr. wurde mit 184 gegen 79 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Von den Beschlüssen betr. der weiteren Biffer ist hervorzuheben, daß auf den Antrag des Volkspartei-Mitglieds Dierle Stearin gegen die Regierungsvorlage von 6 auf 10 Mark erhöht wurde. Bei der abdoam folgenden Position „Steine und Steinwaren“ gelang es den Centrumsmitgliedern Lieber und v. Wendt, für ihren Antrag, den Zoll aus Dachschiefer gegen die Regierungsvorlage von 20 auf 50 Pfg. zu erhöhen, die Majorität zu gewinnen. Dies ermunterte die Herren, für Schieferplatten, welche die Regierung ebenfalls mit 20 Pfg. belegen wollte, den wahrhaft ungeheuerlichen Zoll von 3 Mark für 100 Kilogr. zu verlangen. Und siehe da, die Majorität ging auch auf diese Zumuthung ein. Nun, nur so fort!

In parlamentarischen Kreisen Berlins wird eine Berliner Correspondenz der „Hamburger Nachrichten“ über die Lage innerhalb der nationalliberalen Fraktion des Reichstages vielfach besprochen. Zuweilen ist hervorzuheben, daß in dem erwähnten Artikel — um es gelinde auszudrücken — Wahres mit Falschem in einem merkwürdigen Maße gemischt ist. Vor Allem ist die Darstellung bezüglich einer „Unterredung“ zwischen Führern der rechten und des linken Flügel der Nationalliberalen“ unrichtig. Damit soll nicht geleugnet werden, daß innerhalb der Fraktion Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Derselben treten bei jeder wichtigeren Abstimmung öffentlich zu Tage, sind also für Niemanden ein Geheimniß. Was im Uebrigen in jener Correspondenz ausgeführt wird, beruht auf Vermuthung. Sicher dagegen ist, daß irgendwelche entgeltliche Verabredungen zwischen den Führern nicht stattgefunden haben. Es liegt ja auf der Hand, daß Solches, gleichviel in welcher Richtung, nicht eher geschehen könnte, als bis die politische Lage vollkommen geklärt ist. Wie sehr aber die Dinge noch fortwährend im Flus sind, haben gerade die letzten Tage gezeigt.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns: Jedensfalls wird es bei der Beratung und Be-

schlußfassung über die sogenannten constitutionellen Garantien zu sehr harten parlamentarischen Kämpfen kommen. Speciell in der nationalliberalen Partei werden die verschiedenen Ansichten der maßgebenden Persönlichkeiten, die seit Langem bekannt sind, im Laufe der Verhandlung ihren Ausdruck zu finden wissen. Ob es aber wirklich an diesem Punkte zu einer endgültigen Spaltung der Fraktion in zwei freilich nicht numerisch gleich starke Lager kommt, wie Das in einzelnen nationalliberalen Blättern auf Grund von Berliner Briefen gut unterrichteter Persönlichkeiten als Gewissheit hingestellt wird, scheint doch noch sehr zweifelhaft zu sein. Thatsache ist, daß Herr v. Bennigsen durch den Abg. Dr. Roster persönlich unterrichtet worden ist, daß dieser und seine Freunde sich nicht mit dem bescheidenen Maße von Garantien (jährliche Bewilligung des Kaffeegolles und der Salzsteuer) begnügen wollen, welche Ferner von der Regierung fordert. Thatsache ist ferner auch, daß seit einiger Zeit keine eigentlichen Fraktionsberatungen mehr stattgefunden haben. Trotz alledem meint man aber, der Austritt der Abgg. Roster, v. Stauffenberg und Genossen könne wieder einmal an dem Bedenken scheitern, daß eine zu geringe Anzahl von Fraktionscollegen ihnen folgen würde. In Wahrheit ist es noch nicht der dritte Teil der Fraktion, der so entschieden in seinem Widerstande die beabsichtigte Schwächung des Budgetrechts und überhaupt der dem Parlament zustehenden Rechte ist, daß er selbst eine Posttrennung von der Fraktion nicht scheuen würde, nur um seiner Ueberzeugung treu zu bleiben. Etwas hoffnungsvolle Rechnungen führen folgende 32 Abgeordnete als Mitglieder des linken Flügels auf: Vör (Dönnberg), Damburger, Wittcher, Volja, Braun (Glogau), Brüning, Häufig, v. Einsen, Forst, Garis, Jäger (Korbhausen), Koch, Labler, Lem, Lüders, Pfähler, Reineke, Richter, Römer (Hildesheim), Roggemann, Rückert, Schlieper, Schlotow, Schröder (Friedberg), Sommer, Stauffenberg, Straube, Thilenius, Trautmann, v. Urzsch, Witte (Mecklenburg) und v. Forderden. Falls es zu einer neuen Parteibildung kommen sollte, wird sicherlich dem früheren Präsidium des Reichstages ein sehr weitgehender Einfluß vorbehalten bleiben. Ohne seinen Rath werden seine früheren Fraktionsgenossen jedenfalls keinen entscheidenden Schritt thun wollen, und so trifft es sich gut, daß er schon jetzt zurückkehrt.

Die Entscheidung über die Frage der Garantien ist gefallen. Das Centrum und die conservativen Parteien haben sich unter Ablehnung des Bennigsen'schen Vorschlags mit einander verständigt. Danach sollen die Patriculatsbeiträge bestehen bleiben, während die aus der Tabak-

Reuer und den Böllen sich über den bisherigen Betrag ergebenden Mehreinnahmen nach dem Verhältniß der Kopfzahl auf die Einzelstaaten vertheilt würden. Es ist Dies also das gerade Gegentheil jener finanziellen Selbstständigmachung des Reiches, welche von den Nationalliberalen im Verein mit dem Reichskanzler erstrebt wurde. Der Antrag v. Bennigsen, welcher die Brücke zur Erreichung dieses Zieles bilden sollte, ist von den conservativen Fraktionen kurzerhand zurückgewiesen worden; der Antrag des Centrums, welcher einen dem Reichsgedanken principiiell entgegengekehrten Föderalismus befestigt, wird von diesen Fraktionen willkommen geheißen. An und für sich hatten die Conservativen, wie die „Reinzeitung“ ausführt, für keinen von beiden Standpunkten Sympathie; aber vor die unermessliche Wahl zwischen liberalem Constitutionalismus und particularistischem Föderalismus gestellt, „dann kaum ein Zweifel darüber obwalten, daß vom Standpunkte der conservativen Anschauungen aus eine Entscheidung zu Gunsten der liberalen Bestrebungen die näher liegende ist.“ Damit wird denn der Traum Derjenigen, welche an die Realität einer conservativ-liberalen Majorität nicht glauben möchten und unablässig die Nothwendigkeit einer conservativ-liberalen Majorität predigten, wohl sein Ende erreicht haben.

Die Teilnehmer der vor vierzehn Tagen zu Danzig abgehaltenen Jahresversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung haben, wie nachträglich bekannt wird, auf einem Ausflug nach Marienburg, mit dem sie ihr Zusammensein schlossen, eine Eingabe an den preussischen Kultusminister unterzeichnet, in der sie, geküßelt auf eine frühere Zusage aus königlichen Munde, darum bitten, daß nach der bevorstehenden Vollendung des Kölner Doms die dafür alljährlich verwendeten Staatsmittel dem Wiederaufbau des Schlosses Marienburg zufließen möchten. Formell mögen die Unterzechner zu einem solchen Gesuch nicht hervorgehoben erscheinen — sind es wenigstens nicht viel mehr als jede andere Gesellschaft deutscher und preussischer Patrioten. Da sie indessen Nichts für sich wollen, wird der Minister Fall es ihnen wohl auch nicht übel nehmen, ja vielleicht sogar sich angenehm berührt fühlen durch das Zusammentreffen solcher Empfindungen und Gedanken, wie dieser Schritt sie anregen mag. Für den Neubau des erzbischöflichen Domes in Köln unmittelbar nach der großen Niederlage des preussischen Staats im Kampfe mit der katholischen Hierarchie konnten sich entscheidende Staats- und Vaterlandsfreunde nur mit getheiltem Gefühl ermunern. Dauptächlich interessirten sich die Romantiker dafür, die be-